

Beschluss des 66. Bundeskongresses der Europa-Union
vom 14.10.2023

Die Brandmauer der Demokratie muss stehen!

Die Europa-Union Deutschland fordert die demokratischen Parteien mit Blick auf die Europawahlen 2024 auf,

1. die klar an den europäischen Werten orientierten Gruppen im Europäischen Parlament nicht für extremistische Bewegungen und Parteien zu öffnen bzw. eine solche Öffnung nicht zu unterstützen oder gar zu befördern. Zu letzteren gehören insbesondere auch Parteien mit faschistischen Wurzeln, die sich scheinbar mäßigen;
2. auch im Europäischen Parlament keine formellen oder informellen Bündnisse mit extremistischen Bewegungen und Parteien einzugehen;
3. die Gegner der europäischen Idee nicht durch Übernahme ausgrenzender, reaktionärer, nationalistischer oder fremdenfeindlicher Positionen zu legitimieren, stattdessen die Europäische Rechtsordnung inklusive des Vorrangs von Unionsrecht, die Grund- und Minderheitenrechte sowie den Rechtsstaat zu verteidigen;
4. zur Eindämmung extremistischer Bewegungen und Parteien keine EU skeptischen Positionen zu übernehmen, sondern die Feinde der freiheitlichen Demokratie prinzipienfest mit klarer Haltung und verbindlicher Politik zu bekämpfen und dafür untereinander gesprächs- und koalitionsbereit zu sein.
5. alle Möglichkeiten zu unterstützen, die Demokratie und den Rechtsstaat in der ganzen Europäischen Union zu verteidigen, also beispielsweise den Konditionalitätsmechanismus für finanzielle Sanktionen zu nutzen, wo der Rechtsstaat angegriffen wird, und konsequent weiter zu entwickeln und von institutionellen Blockaden zu befreien